

Systemische Rivalität nimmt Gestalt an

Peter Buchas, Walter Feichtinger

Nr. 3/2022

Der EU-Außenbeauftragte der EU, Josep Borrell, bezeichnet China weiterhin als systemischen Rivalen, der für alternative Regierungsmodelle wirbt. Noch klarer formuliert es das EU-Parlament, das von einem „kommunistischen Zentralstaat mit Einparteiensystem“ spricht, der „demokratische Werte wie individuelle Freiheit, Redefreiheit und Religionsfreiheit“ nicht teilt. Systemische Rivalität wird somit am politischen System und der zugrundeliegenden Weltanschauung festgemacht.

Erkenntnisse

Die im Wesentlichen vom Westen geprägte Weltordnung befindet sich im Umbruch. Vor allem China trachtet danach, sich in weiten Bereichen davon zu entkoppeln und **eine Ordnung nach chinesischen Interessen, Vorstellungen und Normen** zu etablieren. Peking ist dabei bestrebt, möglichst viele Länder von dieser „Notwendigkeit“ zu überzeugen und auf seine Seite zu ziehen.

Manche Beobachter und Analytikerinnen gehen dabei von einer „**Bifurkation**“ des **internationalen Systems** aus, die die alte Vorstellung von der Bipolarität – mit einer zeitlichen Verzögerung – ablöst. Darunter ist eine systemische, nur teilweise gesteuerte Entwicklung des internationalen Systems zu verstehen, das immer stärker von den großen Akteuren USA und China und einigen Regionalmächten geprägt wird. China bereitet sich bereits seit mindestens zehn Jahren auf einen Bruch vor, würde aber eine schrittweise Umgestaltung bevorzugen.

Systemische Rivalität zeigt sich besonders in folgenden Bereichen: in Weltanschauung und Vorstellung der Weltordnung, im Wirtschafts- und Finanzsystem, im politischen (Herrschafts-)System sowie bei der Ausgestaltung der internationalen Beziehungen. Je intensiver und mannigfaltiger sich dabei Gegensätze manifestieren, desto stärker werden auch **vitale Interessen der EU und ihrer Mitglieder betroffen** sein.

Mit der Einladung des US-Präsidenten Joe Biden zu einem virtuellen Gipfel für die Demokratie im Dezember 2021 und der harschen Reaktion Chinas („Demokratie ist eine Massenvernichtungswaffe der USA“) findet diese Annahme eine Bestätigung. Auch die Stimmenthaltung maßgeblicher Staaten bei der Abstimmung der UN-Vollversammlung Anfang März 2022 bezüglich der Verurteilung des russischen Einmarschs in der Ukraine verstärkt den Eindruck einer **Teilung der Welt in eine demokratische und eine autoritär dominierte Sphäre**.

Die systemische Rivalität gewinnt dabei vermehrt an Format und Substanz. Sie findet z.B. in internationalen Organisationen, allen voran den VN, massiven Niederschlag, indem China immer häufiger den Vorsitz in diversen Gremien übernimmt und damit den **internen Diskurs und die Agenda maßgeblich bestimmt**. Auch im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich verabschiedet sich Peking zunehmend vom bisherigen System. So hat Chinas WTO-Mitgliedschaft zwar die wirtschaftliche Öffnung des Landes beflügelt, doch unter Xi Jinping haben staatliche Eingriffe in die Wirtschaft wieder deutlich zugenommen.

Europa wird von China de facto eine Rivalität aufgezwungen, in der es zu bestehen gilt. Denn gerade eine systemisch fundierte Konkurrenz kann dazu führen, dass bisherige Regelwerke ausgehebelt werden und dem „Recht des Stärkeren“ der Vorzug gegeben wird. Dabei stellt sich die Frage, wie resistent Europa/die EU in diesem Fall wäre. Denn sollte sich Europa zu schwach fühlen, die Herausforderung anzunehmen, dann hätte es danach zu trachten, **den Status einer „systemischen Rivalität“ zu verhindern**. Unter Preisgabe seiner eigenen Interessen, Werte und Ordnungsvorstellungen.

Um das zu vermeiden, sollte die **EU an konstruktiven Beziehungen mit China interessiert, dabei aber nicht blind sein**. Somit wäre unverändert, neben den USA und China, die Rolle eines „dritten“ Akteurs anstreben, ohne dabei eine Äquidistanz zu verfolgen und eine Bifurkation voranzutreiben. Dabei könnte es auch zweckmäßig sein, den äußeren Ring Chinas (Mongolei, Taiwan etc.) genauer zu betrachten und als Ansatzpunkt für die EU-Außenpolitik zu nehmen.